

Er scheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspaltige Beilage 40 Bg.
Für die Ortsvereine 10 Bg.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1,- M.
bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisklasse.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (s.-D.)

Nr. 37

Berlin, den 13. September 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Ziehe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Die sozialpolitische Belastung der Unternehmer. — Krankheit und Wohnung. — Mit Rabulisten ist eine sachliche Diskussion unmöglich. — Herbstgedanken. — Gefahren des täglichen Lebens. — Die Deutschen Gewerkschaften (s.-D.) im Strom des öffentlichen Lebens. — Rundschau: Die kommunale Arbeitslosenversicherung marschiert. Unstimmigkeiten in der Unternehmerzeitversicherung. Die Gefängnisarbeit in der Bürsten- und Pinselindustrie. Terrorisismmärchen. Es geht nichts über Freiheit und Brüderlichkeit. Nachruf Franz Schreiber. — Aus den Ortsvereinen: Köln. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Die sozialpolitische Belastung der Unternehmer.

• Von Zeit zu Zeit geht durch die Scharfmacherpresse eine Perlmutter über die schwere sozialpolitische Belastung des Unternehmers, so daß es einen Stein erweichen könnte. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ vom 14. Juli hat denn auch ihre Sommerpreise wieder ertönen lassen und verdonnert die „sozialpolitische Gesetzsmacherie“ in Grund und Boden. Das Blatt sagt:

„Da wird ein Gesetz nach dem andern fabriziert, die Verordnungen jagen einander. Das Wort und der Begriff Sozialpolitik üben eine seltsam hypnotische Wirkung aus, der sich auch diejenigen schwer entziehen können, die über den Parteien stehen und dem Tagesstreit entzogen sein sollten. Und es mutet bei der Schreiligkeit, mit der die sozialpolitische Mühle kloppt, komisch an, wenn die Politiker und Artikelschreiber, die die Erzeugung von Unzufriedenheit und Verdrüsslichkeit berufsmäßig und als Gewerbe betreiben, über sozialpolitischen Stillstand und legislatorische Unfruchtbarkeit jammern. Gewiß, es macht sich schön, vom erhabenen Piedestal des Volksbeglückers herab mit weise erhobenen Finger auf gewisse Mängel und Unzulänglichkeiten unserer sozialen Institutionen hinzuweisen und den Arbeiter und — Wähler darüber zu belehren und aufzuklären, wie schlecht es ihm eigentlich gehe, daß das alles anders werden müsse, daß er die Sonne und der Mittelpunkt unseres gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens sei, um den sich alle andern Berufsstände in bewundernder Anbetung zu drehen hätten.“

Industrie, Handel und Gewerbe haben sich damit abfinden müssen, daß aus ihrer Haut Riemen geschnitten wurden; die quantitativ unzureichende Vertretung, über die sie im Reichstage bei dem geltenden Wahlrecht verfügen, wird daran auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Und wenn es bisher durch Tüchtigkeit, Umsicht und Intensität der Arbeit gelungen ist, die finanziellen Lasten zu ertragen und wieder weit zu machen, so gibt es auch hier eine Grenze, die mit Rücksicht auf die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht überschritten werden darf, ohne daß für die Konjunktur die schwersten Erschütterungen zu befürchten ständen. Kommt es einmal zu einer Krise — Kundige wollen schon ein Knistern im Gebälk bemerkt haben —, so werden die Arbeiter mit in erster Linie die Leidtragenden sein, und sie können dann jubelmäßig ihren Dank abhalten, die durch Bekämpfung der Industrie, dieses geduldigen Lasttieres, letzten Endes die Totengräber ihres eigenen Wohlergehens geworden sind.“

Untersuchen wir daher einmal, ob das deutsche Kapital wirklich so schlecht daran ist, wie die Scharfmacherblätter vom Schlege der „Arbeiterzeitung“ immer angeben. Die Wochenschrift für Kapital und Arbeit „Die Konjunktur“ gibt Aufschluß über die Summen, die im ersten Halbjahre 1907 bis 1912 in Handel und Industrie neu angelegt wurden. Sie spiegeln sich in folgenden Zahlen nach Millionen Mark für

Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Summe der Neueinsteuungen
1907 377,75	356,60	734,36
1908 307,58	208,61	516,19
1909 336,97	252,36	589,33
1910 291,62	316,57	608,19
1911 289,86	380,23	670,09
1912 337,41	482,63	820,04

Daß diese außerordentliche Steigerung der Neueinsteuungen in Aktiengesellschaften nicht ins Blaue hinein, d. h. nicht ohne realen Untergrund angenommen wurde, sondern sich auf konkrete Erfolge und Erfolge in letzter Zeit begründet, zeigen die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1911. Das Reich-

statistische Amt veröffentlicht darüber folgende Einzelheiten: 4680 reine Erwerbsgesellschaften repräsentierten ein Unternehmungskapital von 17,26 Milliarden. 14,23 Milliarden fallen dabei auf Aktienkapital und 3,25 Milliarden auf Reserven. Die starke Kapitalkonzentration in den deutschen Aktienunternehmungen drückt sich darin aus, daß die Zahl der Gesellschaften nur wenig zunimmt, während ihre Kapitalien sehr rasch wachsen. Von 1908 bis 1911 stieg die Zahl der Unternehmungen von 4587 auf 4680 oder um 2 Proz., ihr Aktienkapital aber von 12,79 auf 14,23 Milliarden oder um 13 Proz. Im Jahre 1910/11 flossen den deutschen Aktiengesellschaften $\frac{3}{4}$ Milliarden neues Unternehmungskapital zu. Die Banken verschlangen davon allein 200 Millionen. Die Elektrizitätsindustrie vermehrte ihr Kapital um 58 Millionen. Als werbendes Kapital müssen aber nicht nur Aktienkapital und Reserven betrachtet werden, sondern auch Obligationen-, Hypothek- und ein Teil der „sonstigen“ Schulden. Etwa 25 Milliarden vermehren so das eigene Kapital der Aktienunternehmungen. Die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften weisen eine zunehmende Rentabilität auf. Von den 4680 Unternehmungen schlossen 3868 mit Gewinn, 743 mit Verlusten und 69 ohne Gewinn oder Verlust ab. Die Verluste wurden nur auf insgesamt 79 Millionen berechnet, die Gewinne dagegen auf 1473 Millionen. Der Jahresmehrgewinn aller Gesellschaften beträgt 1394 Millionen, gegen 1288 Millionen im Vorjahre. Die deutschen Aktienunternehmungen haben also im Jahre 1911 106 Millionen mehr verdient als im Jahre 1910. Je 100 M. des gesamten Eigenkapitals haben 8,08 M. gebracht (im Vorjahre nur 7,82 M.). Das Aktienkapital (ohne Reserven) verzinst sich mit 9,95 Proz. (im Vorjahre nur 9,57 Proz.) An dem wirtschaftlichen Aufschwunge seit der letzten Krise (1908) haben auch die Aktionäre ihren klingenden Anteil gehabt. Im Durchschnitt aller Unternehmungen fiel der Dividendenertrag 1908 auf 1909 von 8,07 auf 7,38 Proz., er ist seither aber bis auf 8,09 Proz. im Jahre 1911 wieder gestiegen. 3420 Gesellschaften (d. h. 73 Proz. aller) schüttelten im letzten Jahre 1133 Millionen Mark aus. In den einzelnen Industrien fällt die Rentabilität der Gesellschaften und die Dividende der Aktionäre natürlich verschieden hoch aus. Vom Standpunkte des ganzen Unternehmens aus ergaben sich die höchsten Rentabilitätsziffern im Versicherungsgewerbe (15,8 Proz.), in der chemischen Industrie (14,9), bei kolonialen Gesellschaften (14,3), bei den Zuckerfabriken (14,1), im Bekleidungs-gewerbe (12,3), im Bergbau, kombiniert mit Hüttenbetrieb und Maschinenbau (10,4), bei Gasanstalten (10,4). Die Rentabilität der chemischen Industrie wird jetzt von der der Versicherungsgesellschaften übertroffen. Einzelne Zweige aber, wie die Farbmaterialeindustrie, weisen sogar eine Rentabilität des Gesamtunternehmens von 20,6 Prozent auf. Die Industrie chemischer Farben verteilt auch an die Aktionäre recht hohe Dividenden, und zwar 22,3 Proz. Die Aktionäre von Feuer- und Versicherungsgesellschaften erhalten sogar 28 Proz. Dividende, die von Versicherungsgesellschaften überhaupt „nur“ 23,1 Proz. Weiter werden hohe Dividenden gezahlt von der chemischen Industrie (15,5 Proz.), von den Zuckerfabriken (12,4), im Baugewerbe (12,1), in der Metallverarbeitungsindustrie (11,6), im Bekleidungs-gewerbe (11,5), von der Leder- und Gummiindustrie (10,6) in gemischten Bergbau- und Hüttenbetrieben (10). Schlechtere Ergebnisse als im Vorjahre wiesen nur die Industrie der Steine und Erden (insbesondere Kalk, Mörtele und Zementwerke) und die Textilindustrie auf. Alle anderen Gewerbe nahmen an dem wirtschaftlichen Aufschwunge der jetzigen Konjunkturperiode teil.

Schon durch die an die Herrn Aufsichtsräte gezahlte Lantiensteuer ist zu ersehen, daß es diesen Herren nicht schlecht geht. Durch das Stempelsteuergesetz haben auch andere Sterbliche einmal einen Einblick für die an Lantien bezahlten Summen erhalten. Es wurden dafür folgende Summen in Mark ausgezahlt:

1908/09	41 010 000
1909/10	59 300 000
1910/11	65 390 000
1911/12	71 500 000

Allerdings sind es vielleicht nur einige Duzend Aufsichtsräte, die von diesen Summen den Löwenanteil bekommen. Dafür sind aber auch alle Lantien unter 500 Mark in obigen Zahlen nicht enthalten, da diese nicht steuerpflichtig sind. Diese Zahlen zeigen übrigens deutlich, daß Handel und Industrie durch die Sozialpolitik noch lange nicht überlastet sind, wie

das nach der „Deutschen Arbeiterzeitung“ anzunehmen wäre. Nun hat aber auch der bekannte Statistiker Professor Dr. C. Ballo einen Vergleich über die sozialen Lasten gegenüber Deutschlands Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, England, aufgestellt und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

	Deutschland (1907)		England (1909)	
	Million. M.	pro Kopf d. Bevölk. M.	Million. M.	pro Kopf d. Bevölk. M.
Armenlast	ca. 125	1,93 (1885)	358	8,0
Unfall- und Haftpflichtversicherung	199	3,13	202	4,5
Alters- u. Invaliditätsversicherung	240	3,75	197	4,4
Private Volksversicherung	—	—	267	6,0
Krankenversicherung	369,5	5,80	—	—
zusammen	933,5	14,61	1024	22,9
Davon Beiträge der Arbeitgeber	414,2	6,50	202	4,5
Beiträge der Arbeitnehmer	342,8	5,50	267	6,0
Beiträge des Staats u. der Gemeinden	175,0	2,60	555	12,4

Darnach wären allerdings nach der Kopfszahl der Bevölkerung gerechnet, die englischen Unternehmer dreiviertel so stark belastet, wie die deutschen. Die Arbeitnehmer zahlen ungefähr denselben Beitrag, während unter Hinzurechnung der Armenlasten der englische Staat ungefähr den fünffachen Betrag des in Deutschland aufgewendeten für soziale Versicherung zu zahlen hätte. Mit der neu im englischen Parlament beschlossenen Krankenversicherung erhöht sich jedoch die Belastung der englischen Unternehmer um 367 Millionen oder um 8 Mfr. pro Kopf. Die englischen Unternehmer werden also in Zukunft doppelt so hohe Belastungen für die soziale Versicherung zu tragen haben, wie die deutschen. Auch der englische Staat wird durch die neue Krankenversicherung um 233,8 Millionen Mark mehr belastet werden. Mit Recht sagt deshalb Professor Ballo, indem er auf die sinkende Ziffer der Militärtauglichkeit in den Städten und den Geburtenrückgang in Deutschland hinweist, voll Empörung: „Angesichts all dieser Fragen über die sozialpolitische Belastung zu klagen, erscheint vom wissenschaftlichen Standpunkte aus nicht gerechtfertigt, solches wäre höchstens zu erwarten von Vertretern einer Krämerpolitik, die aber stets den Staaten und Völkern, die von ihr nicht lassen konnten, den Untergang gebracht hat.“

Krankheit und Wohnung.

Krank sein — ganz unwillkürlich tauchen vor unserem Auge die Bilder lieber Menschen auf, die wir in diesem Zustand sehen, wie sie so bleich und müde daliegen, vielleicht schon wochen- und monatelang an die Stube oder gar ans Bett gefesselt, und wir wünschen ihnen von Herzen, daß die strahlende Sonne und frische reine Gottesluft in Uebertülle zu ihnen hineinströmen möge, die gesunkenen Lebenskräfte wieder zu heben — denn das ist ja die Voraussetzung für jede Genesung.

Die Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute und Handelsleute in Berlin veröffentlicht soeben das Ergebnis ihrer Wohnungsermittlungen für das Jahr 1911 — und das sind traurige Zahlen für jeden, der das Leid seines Volkes mitfühlt.

Die Ermittlungen erstrecken sich auf 12 795 erwerbsunfähig kranke Kassenmitglieder.

Welcher Lufraum steht diesen Kranken zur Verfügung? Wenn wir die Mindestforderung von 20 cbm Lufraum für den Kopf zugrunde legen, so zeigt sich, daß

1911	gegen 1910
2614 = 44,45 %	39 35 % Männer
2797 = 39,55 %	31,74 % Frauen

in Räumen untergebracht sind, die dieser Forderung nicht entsprechen. Bekanntlich wird in den neuerbauten Gefängnissen für jeden Sträfling 28 cbm Lufraum vorgesehen. In Krankenhäusern aber wird ein Lufraum von 60 cbm für gewöhnliche und bis zu 150 cbm für ansteckende Krankheiten gefordert! Ein Kommentar dieser Zahlen erübrigt sich, namentlich, wenn man noch berücksichtigt, daß 158 erwerbsunfähige Kranke in Löchern untergebracht sind, die ihnen nicht einmal 5 cbm Lufraum bieten!

U. a. hausten zwölf Lungenkranke und sechs an akuten Infektionskrankheiten leidende Personen in solchen Räumen, von denen neun ohne jedes Fenster waren. (1) Mit Recht weist der Bericht darauf hin, daß derartige Zustände zugleich eine Gefahr für die ganze Bevölkerung bilden.

Während die Zahl der Kranken, die bei Nacht ihren Aufenthaltsraum mit Gesunden teilen müssen, gegen das Vorjahr eine kleine Besserung aufweist, sind die Zahlen für die Tagesbelegung noch ungünstiger wie 1910. Schrecklich ist es, daß 432 Kranke mit fünf und mehr als fünf Personen im gleichen Raum schlafen; die Gesamtzahl dieser Unglücklichen in den letzten 10 Jahren betrug 5879! Welch ein Strom von Ansteckung mag hier ausgegangen sein!

Von den 1407 Lungenkranken, die mit ihren Familien zusammenwohnten, schliefen 266 gleich 18,90 Proz. allein in einem Raum, gegen 17,61 Proz. im Vorjahr, also ein, allerdings sehr geringfügiger, Fortschritt. Die übrigen 1141 Lungenkranke aber schlafen mit 2311 anderen Menschen zusammen, deren Leben sie ernstlich gefährden.

Von den in Familien lebenden Patienten mußten sich in nicht heizbaren Räumen aufhalten:

1911	gegen	1901/10
127 = 2,58 %		2,63 % Männer
118 = 1,90 %		2,19 % Frauen;
von den „möbliert“ oder in Schlafstellen wohnenden:		
1911	gegen	1901/10
48 = 4,86 %		7,85 % Männer
35 = 4,07 %		5,49 % Frauen

Demnach ebenfalls eine kleine Wendung zum Besseren gegenüber dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre; aber doch, wie trüb und düster mühen uns auch diese Zahlen noch an. Menschen, die schon durch ihren leidenden Zustand ein besonderes Bedürfnis nach Wärme haben, müssen in kalten Stuben und Kammern verweilen. Schon feilisch muß das eine ungünstige Wirkung ausüben und den Heilungsprozeß hindern.

Die Verteilung der Kranken über die einzelnen Stadtteile läßt deutlich erkennen, daß der weitaus größere Teil in den eigentlichen Proletariervierteln wohnt, in jenen Gegenden, wo die Menschen eng zusammengequält zu sein müssen.

Auf die Frage: „Hat der Patient ein Bett allein zur Verfügung?“ wurde in 1110 Fällen (8,57 Proz.) mit „Nein“ geantwortet. Der Jammer, der sich hier offenbart, wird noch erhöht, wenn wir hören, daß sich darunter 116 Lungenkranke befanden, 6,86 Proz. gegen 6,62 Proz. der besuchten Lungenkranken im Vorjahr, also eine Verschlechterung statt Besserung.

Der Generalsekretär des Deutschen Zentralvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose, Prof. Dr. Niedner, schreibt in seiner Schrift „Die Tuberkulose als Volkskrankheit und ihre Beseitigung“: „Der Kranke soll, wenn er in der Familie behandelt und versorgt werden muß, ein eigenes Zimmer haben; jedenfalls aber muß er ein eigenes Bett benutzen. Er darf unter keinen Umständen mit Gesunden, insbesondere nicht mit Kindern in einem Bett schlafen.“

Daß diese eigentlich selbstverständliche Forderung bei einem großen Teil der Kranken noch nicht zu verwirklichen ist, muß aber um so mehr ins Gewicht fallen, weil die Mitglieder dieser kaufmännischen Klasse nicht zu den Ärmsten der Armen, nicht zu den schlechtesten unter den Besessenen gehören, und weil in ihren Kreisen die Vorzüge einer ordentlichen Wohnung bereits geschätzt werden.

Wenn es in dem Bericht der Klasse auf Seite 43 heißt:

„Da der Tat stellt sich eine Wohnungsreform, die ohne Bodenreform nicht lösbar ist, als das dringendste soziale Problem dar.“

so möchten wir wünschen, daß diese Erkenntnis Allgemeingut aller werden möge, die heute ausschließlich in der Wohlfahrtspflege bestend und lindern einigepreist. Ein Teil der hier angewendeten Mittel zur Unterstützung der Bodenreform verwendet

— sicher und stetig werden alsdann die Ziffern des Elends sinken und langsam wieder Gesundheit und Lebensfreude auch in die Häuser der Minderbemittelten einkehren.

Berlin. Karl Fejerabend.

Gefahren des täglichen Lebens.

Der Möbelpolierer D. erlitt am 3. August 1910 einen Betriebsunfall. Er war in der Werkstatt mit dem linken Fuß gegen einen Polierbock gelaufen, der Fuß knickte um. Eine Zerrung der Sehnen und eine Verstauchung war die Folge des Unfalls. In der dritten Woche nach dem Unfall wurde D. vom behandelnden Arzt versuchsweise zur Arbeit entlassen. Infolge der noch vorhandenen Schwäche des Fußes knickte derselbe am 26. August auf der Straße um, desgleichen am 28. August, als er sich der Beschwerden wegen zum Arzt begeben wollte. Durch dieses Ausgleiten zog sich D. einen Knöchelbruch zu.

Die Norddeutsche Holz-Versicherungsgesellschaft, bei der D. nunmehr Anspruch auf Entschädigung erhob, lehnte denselben ab, weil der Unfall auf der Straße in keinem Zusammenhang mit dem ersten Unfall stehe. In dem Bescheid heißt es: „Bei Ihrer Körperbeschaffenheit konnten Sie sehr wohl, auch ohne vorher den ersten Unfall erlitten zu haben, beim Ueberschreiten der Vordschwelle ausgleiten und sich einen Knöchelbruch zuziehen. Der zweite Unfall ist daher eine Folge der Gefahren des täglichen Lebens gewesen.“

D. legte Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Reg.-Bez. Potsdam ein. Er machte geltend, daß der zweite Unfall lediglich durch den ersten verschuldet sei, da das Bein durch denselben äußerst geschwächt war und ihm der Halt beim Ausreiten gefehlt habe. Der vernommene behandelnde Arzt erklärte, daß eine deutliche Unsicherheit beim Gehen bemerkbar gewesen sei und daß die Gefahr des Ausrutschens auf der Straße für D. sicher größer gewesen sei als für einen gesunden Menschen. Diese Unsicherheit des Gehens führte der Arzt auf eine Zerrung resp. Einreißung der Gelenkkapsel zurück. Trotzdem wies das Schiedsgericht die Berufung ab. Das Schiedsgericht folgte aus dem Umstande, daß D. einige Tage anstrengende Arbeit im Stehen verrichten konnte, daß das linke Bein ausreichend gebrauchsfähig war. Die Unfälle vom 26. resp. 28. August seien eine Folge der Gefahren des täglichen Lebens, der Schwäche des Fußes könne keine wesentliche mitwirkende Ursache beigegeben werden.

Der gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichts beim Reichs-Versicherungssamt eingelegte Rekurs hatte Erfolg.

Das Gericht holte ein Obergutachten von einem Professor ein. Dieser sagte in seinem Gutachten aus: „Erfahrungsgemäß gehen Leute, die eine schmerzhaft verstauchte des Fußgelenkes erlitten, und erst vor drei Tagen ein dreiwöchiges Krankenlager verlassen haben, äußerst vorsichtig, besonders beim Ueberschreiten der Straße. . . . Nach meiner Erfahrung ist auch bisher ein derartiger Zusammenhang von Unfällen nicht beobachtet worden, und ich halte den am 28. August entstandenen Knöchelbruch des D. für eine neue Verletzung, deren ursächlicher Zusammenhang mit dem Unfall am 3. August ausgeschlossen ist.“

Entgegen dieser Auffassung des Obergutachters wurde der Anspruch des Verletzten dem Grunde nach mit folgender Begründung für gerechtfertigt erklärt:

„Das Reichs-Versicherungssamt hat, zumal gegenüber den Ausführungen des von ihm eingeholten Obergutachters, nicht zu verkennen vermocht, daß die Entscheidung der Sache zu erheblichen Zweifeln Anlaß bietet. Immerhin aber erbringen die tatsächlichen Umstände des Falles eine hinreichende Wahrscheinlichkeit dafür, daß der doppelte Knöchelbruch, den der Kläger in den letzten Tagen des August 1910 erlitten hat, zum wesentlichen Teile auf seine am 3. August im Betriebe geschehene Verstauchung des linken Fußgelenkes zurückgeführt werden muß.“

Vor allem kommt hier die von Dr. B. abgegebene und vom Schiedsgericht wiederholte ärztliche Beurteilung in Betracht, nach welcher der Kläger, als er verletzungsweise die Arbeit wieder aufnahm, noch eine Verdickung des am 3. August verletzten Gelenks aufwies, den Fuß beim Gehen nachschleppt und eine deutliche, durch Zerrung oder Einreißung der Fußgelenkkapsel verursachte Unsicherheit des Ganges zeigte, die für ihn die Gefahr des Ausgleitens auf der Straße größer machte als für einen Gesunden.

Aus diesen Erwägungen erschien dem R.-V.-A. die Annahme naheliegend, daß . . . doch die Folgen des Unfalls vom 3. August 1910 in erheblichem Maße für den geschehenen Knöchelbruch verantwortlich zu machen sind.“

Der Vorgang ist also als Folge des Betriebsunfalls anerkannt.

Dieses Urteil dürfte ohne Zweifel dem Rechtsempfinden weiter Volkskreise entsprechen.

Mit Rabulisten ist eine sachliche Diskussion unmöglich.

Die streikenden Holzarbeiter in Ragnit haben doch noch einen Erfolg errungen. Das ist noch das Erfreulichste, was nach den tiefbetäubenden und für einen Teil der dortigen Arbeiter noch schlimme Folgen zeitigenden Vorlesungen berichtet werden kann. Die streikenden Arbeiter in Ragnit waren nicht Mitglieder unserer Organisation, sondern gehörten dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande an. Das kann aber uns, und wir denken wohl jeden ehrlichen Gewerkschafter, nicht abhalten, sich zu freuen, wenn es irgendwo den Arbeitern gelingt, sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Die Vorgänge in Ragnit, bei denen ein junger Kreisjägerschneider erschossen wurde, hat aber so großes Aufsehen erregt, daß auch wir glauben, diese Dinge in unserem Organ besprechen zu müssen. Wir teilen dies in unserer Nr. 32 unter der Stichmarke „Holzarbeiterstreik und Belagerungszustand“. Einleitend haben wir in diesem Artikel über die Szenen, die sich in Ragnit abspielten referiert und haben daran einige kritische Bemerkungen gefügt, die es der „Holzarbeiterztg.“ angetan haben und welche nun in einem Artikel der Nr. 36 klärend über die „Eiche“ herfällt. Nicht weil wir auf solch blödes Geschimpfe besonders viel Wert legen, hat uns zu einer Erwiderung veranlaßt, sondern um den Kollegen zu zeigen, wie auf jener Seite die Wahrheit, durch Herausreißen eines einzelnen Satzes aus dem Gesamtgefüge eines Artikels, umgebogen und zur gemeinen Verdächtigung des Gegners geschritten wird.

Ragnit-Rangendiebach-Frankenbergs überstreicht die „Holzarbeiterztg.“ ihren Artikel und schildert den Kampf nochmals und den Erfolg besonders herausstreichend. Doch das wollen wir den Schreiber gar nicht einmal als Uebertreibung anrechnen, denn es ist schließlich sein gutes Recht, sich über den Sieg zu freuen. Selbst wenn ihm dabei einige Uebertreibungen unterlaufen, so sagt man sich, es ist nicht schlimm, insbesondere wenn man schon, wie der Holzarbeiterverband in diesem Falle, mit einer Niederlage gerechnet hatte. Nun wird aus Langen und breiten die Geschichte von den aus Hamburg importierten Streikbrechern erzählt, die sich angeblich seit dem vorjährigen Kampf tatlos herumtreiben und auf Revolvergeschüssen und Messerstichen besser wie auf das Arbeiten verstanden sollen.

Nun sagt der wahrheitsliebende Verbändler in der „Holzarbeiterztg.“, bei diesem Kampfe hat auch die Hirsch-Dundersche „Eiche“ gegen unsere Kollegen Partei ergriffen. — Um den Beweis für diese Behauptung anzutreten wird willkürlich ein Satz aus dem Gefüge des Aufsatzes gerissen und der gewollte Zweck, den Gegner zu verdächtigen, ist erreicht.

Doch wir wollen durch Gegenüberstellung der inkriminierten Sätze einmal die Zitiertkunst der „Holzarbeiterztg.“ ins rechte Licht stellen.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) im Strom des öffentlichen Lebens.

VII.

Die bleibende wichtige Aufgabe der Gewerksvereine.

Man hört uns zu. Nicht geschichtlichen Erinnerungen, die vorübergehend in unsere Gedächtnis, eine wenig widerlicher Umstände, die zur Beilegung der Unzufriedenheit der Deutschen Gewerksvereine führte. Ein Verdienst einer von den Arbeitern unternommenen Bewegung war es, daß die Gewerksvereine sich auf den Weg machten, notwendiger Reformen geföhrt wurde, wenn das Leben nicht sehr gering. Der Stunde freibündlich-nationaler Grundgedanken und der in Deutschland im Jahr 1907 ein neues Gewerksvereinsgesetz erlassen wurde, die Beziehungen mit folgendem Wortlaut:

„Die gewerkschaftliche Bewegung der Gewerksvereine ist eine volkswirtschaftlich-politische. Sie wollen bei Lösung völler der sozialen Probleme der Arbeiterklasse mitwirken, die Menschheit zu einem höheren, besserem und gerechterem Leben und wachsendem Wohlstand zu verhelfen. Der Zwecksetzung bedarf dabei alle seine Mitglieder und es ist die Aufgabe der Gewerksvereine, die Mitglieder zu erziehen und zu bilden, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu fördern. Die Gewerksvereine sollen durch Eintritt in die entsprechenden Verbände und durch die Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten der Arbeiterklasse und durch die Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten der Arbeiterklasse zu wirken.“

Man hört uns zu. Nicht geschichtlichen Erinnerungen, die vorübergehend in unsere Gedächtnis, eine wenig widerlicher Umstände, die zur Beilegung der Unzufriedenheit der Deutschen Gewerksvereine führte.

vereine geben die alljährlichen Jahresberichte. Man verlange darüber näheres Material vom Verbandsbüro und den Hauptvorständen.

Der Ruf: „Organisiert euch!“ hat nun bekanntlich auch im Unternehmerwalde ein gewaltiges Echo gefunden. Das braucht vom Arbeiterstandpunkt nicht unbedingt bedauert zu werden. Starke Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände können eine Sicherung des gewerblichen Friedens bedeuten. Die Zeit der großen Streiks und Ausperrungen wird noch einer anderen Platz machen müssen, in der zwar nicht die Gegenseite der Interessen aufgehoben, aber eine bessere Verteilung des Arbeitsvertrages auf schiedsgerichtlichem Wege über Fabrikverfassungen usw. erfolgt. Die Kämpfe der Produktionsfaktoren werden die Saat säen, aus der dann Verständigungsinstitutionen erwachsen können.

Die Zerplitterung des deutschen Gewerkschaftslebens ist gewiß kein Idealzustand. Leider wird oft der grundsätzliche Kampf der einzelnen „Richtungen“ in Formen geführt, die der Arbeiterchaft selbst unwürdig sind. Wäre die Gewerkschaftsbewegung nicht ein Teil der Arbeiterbewegung, nicht eine Bewegung mit verschiedenen Kulturidealen, die Zerplitterung selbst wäre nicht zu rechtfertigen. So aber muß man die Tatsachen als etwas gegebenes hinnehmen. Von den Geisteskämpfen der Zeit ist auch die Gewerkschaftsbewegung nicht verschont geblieben, trotz mancherlei Neutralitätsbetuerungen.

Wie sich die Arbeiterbewegung Deutschlands gestalten wird, kann im voraus keiner sagen. Schwerlich aber werden wir je zu einer einheitlich organisierten Arbeiterchaft kommen. Dazu sind die Einflüsse, die wir besonders auf dem rechten Flügel sehen, doch zu stark. Die Frage ist für uns nur: Was wollen wir selbst durch unsere Arbeit erreichen, worauf baut sich unsere Zukunftsbestimmung auf? Was zu welchem Zeitpunkt ist unsere Sonderstellung begründet, ja eine Notwendigkeit?

(Schluß folgt.)

Wir schreiben: Als die Hingegardisten aus Hamburg dann eintrafen, mußten die Verbändler wissen, daß nun doppelte Vorsicht und strenge Disziplin von Nöten war, sollte der Kampf nicht verloren gehen. In diesem schwierigen Moment hat die Leitung vollständig versagt, so daß es zu Blutvergießen kam, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Erst nachdem es soweit gekommen war, wurde Militär requiriert. Den Tod des Arbeiters Girulat muß bis zu einem gewissen Teil, so weit sich das bis jetzt übersehen läßt, die Streikleitung auf ihre Kappe nehmen. Gewiß, auch wir halten es für verfehlt und verurteilenswert, wenn der Staat seine Macht einseitig nur dazu benutzt, die besitzende Klasse zu schützen. Wir können nach den vorliegenden Berichten jedoch zu keinem anderen Resultat kommen, als daß in diesem Falle die Arbeiter selbst das Herbeirufen von Militär veranlaßt haben. Ob durch solche Taktik der Sieg sich an die Fahne der streikenden Holzarbeiter heften wird, ist mehr wie zweifelhaft. Dazu kommen noch die nachher erfolgenden Urteile wegen Landfriedensbruch und anderes mehr, das einen großen Teil der Arbeiter mit ihren Familien ins Unglück stürzt.

Wir haben also nur die Leitung kritisiert, die es nicht verstanden hat, ihre Kollegen vor unbesonnenen Schritten zu bewahren. Erläuternd hatten wir vorher noch gesagt, wenn es möglich war, bei dem Kampf im Ruhrgebiet 200 000 Menschen vor schweren Erüssen zu bewahren, um so mehr mußte dies in Magnit bei 100 Streikenden möglich sein. Und wenn wir ferner sagten, durch solche Taktik wird es schwer sein, den Sieg an die Fahne der streikenden Holzarbeiter zu heften, so haben wir nichts anderes gesagt als die „Holzarbeiterzig.“ selbst zugibt geglaubt zu haben indem sie einleitend sagt:

„Was noch vor wenigen Wochen unmöglich schien, ist zur Tatsache geworden, die Forderungen in Magnit sind erfüllt.“

Sit denn nun diese Erfüllung der Forderung, der Sieg der Magniter Holzarbeiter, der „glänzenden“ Verhandlungstatik der Verbändler zuzuschreiben? Ach, nein! Wenn nicht der Oberbürgermeister von Hanau Dr. Gebeschus sich vermittelnd ins Zeug gelegt hätte, dann wären wahrscheinlich die Verbändler heute noch auf der Straße und es wäre das, was wir und die „Holzarbeiterzig.“ vermuteten eingetroffen.

Bezeichnend für die Wahrheitsliebe und Logik des ehemaligen Hamburger Generalisimus, in dem wir den Schreiber des Schmähartikels vermuten, ist, daß er uns auf dieselbe Stufe mit den Hamburger Hingegardisten zu stellen versucht. Dazu etwas zu sagen verbietet uns das Anständigkeitsgefühl, glauben aber doch bemerken zu dürfen, daß vielleicht diese Hamburger Hingegardisten durch seine Schule gegangen sind, denn die Umgangsformen mancher Verbändler gegenüber Andersdenkenden steht auf der gleichen Stufe wie die der schon erwähnten Hingegardisten, so daß anzunehmen ist, daß diese beiden sich auf die gegenseitige Behandlung, auf Grund früherer Freundschaft, gut verstehen.

Herbstgedanken.

Der verfloßene Monat August hat sich von der unfreundlichsten Seite gezeigt. Mit wenigen Ausnahmen war Regen und Sturm auf der Tagesordnung. Der September scheint in dieselben Fußstapfen seines Vorgängers einzutreten. Es erweckt beinahe den Anschein, als ob die Natur ein Spiegelbild der menschlichen Gemüter wiedergeben wollte. Stürmischer als unsere Gemüter kann, angefaßt der noch nie dagewesenen Höhe der Fleischpreise, die Natur kaum jemals bewegt gewesen sein. Mit banger Sorge blickt der Arbeiter, namentlich der Vater von mehreren Kindern auf den Winter, wo sich zu den kaum erschwinglichen Lebensmitteln und Mietpreisen noch die Sorgen für Heizung und Licht einstellen. Dazu kommt der hange Gedanke, ob es gelingen wird, den Winter über Arbeit zu behalten. Gerade dieser Gedanke muß die Kollegen im Baugewerbe mehr den je beschäftigen, denn die Lage auf dem Arbeitsmarkt für diese Branche ist alles andere, nur nicht günstig zu nennen.

Es sind alles in allem keine erfreulichen Gedanken, die uns entgegenreten. Für uns Holzarbeiter kommt noch die Frage in Betracht, ob der im nächsten Jahre abzuschließende Vertrag friedlich oder im Zeichen des Kampfes abgeschlossen wird. Dieser letzte Punkt kann uns in sofern nicht weiter schrecken, indem wir geküßt auf unsere Organisation ruhigen Auges dem Ausgang der Sache entgegenblicken können. Aber nicht jeder ist in dieser erfreulichen Lage. Wir wissen, daß es noch immer Leute gibt, die den Wert einer Organisation noch nicht erkannt

Die „Holzarbeiterzig.“ zitiert: Wir können nach den vorliegenden Berichten jedoch zu keinem anderen Resultat kommen, als daß in diesem Falle die Arbeiter selbst das Herbeirufen von Militär veranlaßt haben. Ob durch solche Taktik der Sieg sich an die Fahne der streikenden Holzarbeiter heften wird, ist mehr wie zweifelhaft.

haben, und daß es jugendliche Kräfte gibt, die alle Vierteljahre neu unserem Gewerbe zugeführt werden. Gerade auf die Letzteren ist es notwendig unser Augenmerk zu richten. Nur noch wenige Wochen trennen uns, wo in den meisten Orten wieder eine Anzahl junger Leute ihre Lehrzeit beendet haben, um dann als Geselle den ererbten Kampf ums Dasein aufzunehmen. Hier bietet sich für unsere Kollegen allerorts eine lohnende Werbearbeit. Hier gilt es diese jungen Kollegen auf die Gewerbevereine aufmerksam zu machen. Ein tüchtiger vorwärtsstrebender Ortsverein wird sich schon wochen- ja monatelang vorher mit dieser Frage beschäftigen. Derselbe wird genau festgestellt haben, wieviel junge Leute am Orte ihre Lehrzeit am Quartalschluß beendet haben, und wird mit allen Mitteln versuchen, dieselben für uns zu gewinnen. In den meisten Fällen wird hier auch ein Erfolg zu verzeichnen sein. Wie wird aber in den meisten Orten diese Frage behandelt? Da ist man gleich mit der Ausrede bei der Hand, das nützt ja doch nichts, oder, ich werde dem doch nicht nachlaufen u. dergl. Redensarten mehr. Kollegen, die Lehrlingsfrage ist eine viel zu ernste Frage, als daß man sie mit derlei Redensarten abwimmeln kann. Vor allem muß der organisierte Kollege schon in der Lehrzeit dem ankünftigen Kollegen ein sachlicher Berater sein. Die Eindrücke, die der Lehrling von den Kollegen gewinnt, sind bei demselben unauslöschlich. Auch ist die Zeit vorbei, wo heute die Kollegen der Organisation nachlaufen, im Gegenteil dieselben müssen schrittweise gewonnen werden. Dieses gilt nicht bloß für die jungen, sondern auch für die alten Kollegen. Es gibt immer noch Mitarbeiter, die aus diesem oder jenem Grunde der Organisation fern stehen. Hier heißt es aufklärend für dieselbe zu wirken. Dies soll man nicht Einzelnen überlassen, sondern hier muß die Gesamtheit Jung und Alt gemeinsam wirken.

Kollegen! Die Agitation, die Kleinarbeit, ist der Lebensnerv einer jeden Organisation, wo die versagt, da nützen alle großartigen Versammlungen nichts, weil das dort Gehörte nicht befolgt wird. Wir haben allerorts Kräfte genug, die nur aus sich herausstreiten müssen. Ich glaube es ist nicht ein einziger unter uns, der die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel nicht schwer empfindet, geschimpft wird täglich auch genug darüber. Wäre hier nicht die einzige logische Folgerung die, nach den Versammlungen zu gehen, und gemeinsam zu beraten, wie man am besten dieser Teuerung abhelfen könnte. Kollegen hier nützt kein Wehklagen, denn die Regierung ist für solche Klagen taub. Hier heißt es mit energischem Willen zugreifen. Die Zeit ist zu ernst um zu schlafen. Es ist Zeit, daß der deutsche Michel erwacht. Nur eine geschlossene kompakte Arbeitermasse kann hier etwas erringen. Darum, auf Kollegen, zur Agitation! Nutzen wir diese Zeit aus. Der Herbst die günstigste Zeit zur Werbe- und Aufklärungsarbeit. P. V.

■ Rundschau. ■

Die kommunale Arbeitslosenversicherung **marchiert.** Die Stadiparlamente von Stuttgart haben in gemeinsamer Sitzung einstimmig beschlossen, die städtische Arbeitslosenversicherung ab 1. Oktober 1912 einzuführen. Den Mitgliedern jener Berufsvereine, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, wird ein Zuschuß von 50 Proz. der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, im Höchstfalle 1 Mk. täglich aus der Stadtkasse gewährt. Der städtische Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 Proz. der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, höchstens jedoch um 25 Proz. Die Berufsvereine zahlen ihren arbeitslosen Mitgliedern den Betrag des städtischen Zuschusses vorzuschußweise aus; die Berufsvereine rechnen in der ersten Hälfte des Monats mit der Stadtkasse ab. Arbeiter und Angestellte, die einem derartigen Berufsverein nicht angehören, können sich vom städtischen Arbeitsamt ein Arbeitsparbuch ausstellen lassen. Die Einlagen auf das Sparbuch werden zu den jeweiligen Sätzen der städtischen Sparkasse verzinst; sie dürfen einschließlich der abgelassenen Zinsen den Betrag von 100 Mk. nicht übersteigen. Wenn der Sparer nach eingetretener Arbeitslosigkeit von seinem zu dieser Zeit vorhandenen Sparguthaben Abhebungen macht, so gewährt ihm die Stadt einen Zuschuß von 50 Proz. der täglichen Abhebung, höchstens jedoch 1 Mk. pro Tag. Der städtische Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 Proz., höchstens jedoch um 25 Proz. der täglichen Abhebung. Sparvereinigungen können unter ähnlichen Voraussetzungen wie die Berufsvereine Zuschüsse für ihre arbeitslosen Mitglieder erlangen. Der Zuschuß endigt, sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitsamt nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Als angemessen gilt für gelernte Arbeiter in der Regel nur Arbeit im Berufe. Nicht angemessen ist Arbeit unter dem (im Gewerbe) üblichen Lohn und solche Arbeit, welche durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist. Auswärtige Arbeit muß von Ledigen immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie in Stuttgart dadurch nicht beeinträchtigt wird. In allen Streitfällen entscheidet endgültig ein Schiedsgericht, bestehend aus dem jeweiligen Referenten für die Arbeitslosenunterstützung als Vorsitzenden und je einem vom Gemeinderat aus der Kommission für das Arbeitsamt auf 3 Jahre zu wählenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Unstimmigkeiten in der Unternehmerstreikversicherung. Aus einer Mitteilung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ ist zu ersehen, daß sich in Unternehmerkreisen die bewußte „Unruhe“ nun auch auf ihre eigenen Versicherungseinrichtungen übertragen hat. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Beurteilung von Konkurrenzmanövern der verschiedenen Streikversicherungsgesellschaften. Da schreibt nämlich das vorgenannte Unternehmerorgan: „Der Deutsche Industrieschutzverband in Dresden versendet an die Tagespresse Notizen, worin er durch eine vortellhafte Darstellung seiner eigenen finanziellen Verhältnisse im Vergleich zu denen anderer bestehender Streikschädigungsgesellschaften den Nachweis zu erbringen sucht, daß diese finanziellen Verhältnisse bei ihm bedeutend günstiger lägen und daß ihm hiernach die führende Stelle unter den Streikversicherungseinrichtungen zustehe. Es ist bezeichnend, daß der Verband für die Bedeutung einer Arbeitgeberorganisation (und der Deutsche Industrieschutzverband betrachtet sich als eine solche) allein die Entschädigungen ausschlaggebend sein läßt. Richtiger wäre die Auffassung, daß es darauf ankommt, welche Erfolge der Verband und die Mitglieder in den Kämpfen, die man ihm aufzuzwingen hat, gegenüber der angreifenden Arbeiterschaft erlangt haben. In dieser Hinsicht ist bisher eine Erfolgstatistik bei dem Deutschen Industrieschutzverbande zu vermissen. Des weiteren aber kommt der genannte Verband zu seinem für ihn so günstigen Schluß nur dadurch, daß er seine Versicherungskasse mit der Rückversicherungskasse des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände vergleicht, während dieser Vergleich doch eben, weil es sich bei ihm um eine direkte und beim Verein Deutscher Arbeitgeberverbände um eine indirekte Versicherung handelt, gar nicht zulässig erscheint und weiter durch die wohl nicht ganz unbeachtliche Verschweigung des Umstandes, daß die Rückversicherung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände genau nur die Hälfte an Beiträgen erhebt gegenüber dem Deutschen Industrieschutzverband. Endlich wurde schon darauf hingewiesen, daß nur in enger Verbindung mit den Arbeitgeberverbänden auch die Frage der sogenannten Streikversicherung gelöst werden kann und daß, weil diese enge Verbindung bei dem Deutschen Industrieschutzverbande nicht vorhanden ist, diese Organisationsform von denjenigen Arbeitgebern, die den Blick über die Grenzen ihres Betriebs hinauszuwerfen gelernt haben, abzulehnen ist!“ Daraus ist zu ersehen, daß die Meinungen unter den „Gelehrten“ über die Streikversicherung als Stein der Weisen sehr geteilt sind.

Die Gefängnisarbeit in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigt den Verbandstag der selbständigen Bürsten- und Pinselmacher zu Hannover. In den Verhandlungen hierüber wurde allseitig darüber Klage geführt, daß das deutsche Pinsel- und Bürstenmachergewerbe durch die Gefängnis Konkurrenz wie auch durch die Konkurrenz der Arbeiterkolonien mehr und mehr lahmgelegt werde. In den Arbeiterkolonien würden fortgesetzt Bürsten- und Pinselmacher ausgebildet, die den im Handwerk ausgebildeten Gesellen und Lehrlingen schon dadurch gefährlich seien, daß sie nicht die vorgeschriebene Lehrzeit hinter sich hätten und nicht den besonderen gesetzlichen Bestimmungen unterstellt seien. Auch die Blindenanstalten stellen eine schwere Gefährdung des Handwerks dar. Gemiß sei den Blinden ja Arbeit zu gönnen, aber die Bürstenmacherei sei sehr ungesund und gehöre nicht in eine Wohlfahrtsanstalt. Die Konkurrenz in den Blindenanstalten sei eine ganz gewaltige. Auch die Konkurrenz der Warenhäuser, Militärkontinen, Konsumvereine und des Hausierhandels mit seinen Auswüchsen müsse bekämpft werden. Bei staatlichen Subventionen müßten auch die Bürsten- und Pinselmacher im freien Wettbewerb zugelassen werden. — Dem Vorstand wurde anheimgegeben, zur Bekämpfung und Abstellung der erwähnten Mißstände die geeigneten Schritte zu unternehmen und an die in Betracht kommenden Behörden die erforderlichen Anträge zu stellen.

Terrorismemärchen glaubt die „Holzarbeiterzig.“ den von uns in Nr. 34 der „Eiche“ mitgeteilten Fall aus Hamburg nennen zu müssen. Das Verhalten der Genossen ist dem Blatte sichtlich unangenehm und werden nun die Vorkommnisse im Betriebe der Hamburg-Amerika-Linie so unschuldig wie möglich darzustellen versucht. Jeder Angeklagte hat das Recht, ein begangenes Verbrechen abzuleugnen. Das tun auch die Hamburger Terroristen, allerdings mit mehr Wortschwall als Geschick. Da wird nun erzählt, daß an der Befudlung der Kleider unserer Kollegen die Genossen ganz unschuldig sind. Daß die Kleider befudelt wurden, wird nicht abgestritten, der Fall jedoch so dargestellt, als ob eine auf dem Schrank, in welchem die Kleider aufbewahrt werden, stehende Beizflasche „zufällig“ umgefallen und dadurch die Kleidung unseres Kollegen beizumust wurde. Eigentümlich! Die Kleidungsstücke der anderen Arbeiter blieben rein, wurden also von der Beize nicht getroffen, nur ausgerechnet die Kleidung des Gewerkschafters wurde befudelt. Es gehören doch sehr naive Leute dazu, um solcher Darstellung Glauben zu schenken. Unsere Gewährsmänner, die wir nochmals mit einer Nachprüfung des Falles betrauten, bleiben darauf bestehen, daß sich alles so wie geschildert zugetragen.

Es geht nichts über Freiheit und Brüderlichkeit. In Württemberg hielten die Sozialisten am 31. August und 1. September ihren Landesparteitag ab. Bei der Wahl zum Landesvorstand kam es zu heillosen Skandalen. Aus den diesbezüglichen Berichten ist zu entnehmen, daß der Skandal seinen Höhepunkt erreichte, als der Abgeordnete Heymann erklärte, es handle sich um einen Kampf um die Macht in der Partei. Es gäbe Genossen, die alle Ämter und Posten der Partei als das Monopol eines ganz bestimmten Personenkreises betrachten. Zwischenrufe wie: Ihr habt Euch euer Landtagsmandat erschwindelt, ertönten. Den Schimpfzügen machte erst ein Schlußantrag ein Ende. Das Resultat war die Ablehnung der Anträge der großen Organisationen. Den Höhepunkt erreichte der Tumult, als der Revisionist Heymann bei der Begründung einer Resolution, in welcher Weimayer wegen seiner verheerenden Tätigkeit die Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern in der Partei aberkannt wird, mit Schimpfwörtern wie Lump, Strolch, Vagner, Gauner belegt und durch einen andauernden Skandal am Sprechen verhindert wurde. Die revisionistische Mehrheit nahm trotz erfolgter Mahnung, im Interesse des Friedens die Resolution zurückzuziehen, diese dennoch mit großer Mehrheit an, was mit stürmischen Protesten auf Seiten der Radikalen beantwortet wurde. Die Wahl des Landesvorstandes ergab zum Schluß einen großen Sieg der Revisionisten mit 300 Stimmen über die Radikalen mit 80 Stimmen. — Es ist ja Geschmackssache, sich unter solchen Leuten wohl zu fühlen.

Es scheint dieses aber nicht der Fall zu sein, da die Verhandlungen sich sehr in die Länge ziehen und man deutlich erkennen kann, daß die Groß-Industriellen die Arbeiter-Organisationen nicht anerkennen wollen. Bei dieser Bewegung ist auch unser Holzarbeiter-Beruf stark beteiligt, da sehr viele Modell- und Fabrikfischer mit in Betracht kommen. Es ist deshalb zweckmäßig, da die Verhandlungen auf jedem Werk für sich geführt werden, daß unsere Kollegen auf der Hut sind und auch einen Vorteil dabei heraus schlagen, was in verschiedenen Fabriken ein dringendes Bedürfnis ist. Die bestehenden Verhältnisse sind hier so, daß die Fabrik- und Modellfischer, von der längeren Arbeitszeit noch abgesehen, weit hinter den tarifmäßig beschäftigten Bau- und Möbeltischlern zurückstehen. Um hierin einen Ausgleich zu schaffen, ist aber diese Bewegung die bestgeeignete Gelegenheit; denn ist dieselbe mit Vor- oder Nachteil beendet, so ist auch an ein neues Vorgehen von unseren Kollegen nicht mehr zu denken. Darum auf, Kollegen, besucht vor allen Dingen die Versammlung. Helft mit raten und raten und agitiert bei den uns noch fernstehenden Kollegen für den Beitritt in den Gewerbeverein. A. H.

am 1. 9. 12 um 2 Pf. pro Stunde und am 1. 9. 13 und 14 um jeweils einen Pfennig. Die Tarifpreise erhöhen sich: am 1. 9. 12 um 5 Prozent, für Arbeiterinnen um 7 1/2 Prozent, am 1. 9. 14 um 5 Prozent, für Arbeiterinnen um 5 Prozent. Für Ueberstunden wird den männlichen Arbeitern ein Lohnzuschlag von 20 Pf. pro Stunde, den weiblichen ein solcher von 10 Pf. bezahlt. Der abgeschlossene Vertrag hat Gültigkeit bis 1. September 1916.

Literarisches.

Das Organisationsrecht der Arbeitnehmer. In einer 23 Seiten starken Broschüre gibt die Demokratische Verlagsanstalt - Berlin - Schöneberg ein Referat von Rechtsanwalt Dr. Halpert wieder. In packenden, leicht verständlichen Sätzen schildert der Verfasser das Organisationsrecht der Arbeitnehmer. Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und ihre Anwendung eingehend behandelnd wird überzeugend nachgewiesen, wie unzulänglich unser Koalitionsrecht ist. Wir können jedem Kollegen diese Broschüre auf das wärmste empfehlen. Der billige Preis von 15 Pf. gestattet jedem die Anschaffung derselben.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. in Duisburg. Ihre Briefe kosten uns seit immer 20 Pf. Straßporto. Briefe, welche über 20 Gramm wiegen, müssen mit 20 Pf. frankiert werden. Gruß Zielte.

Versammlungen des Oriso. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 14. September 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Zahlabend. Bezirk Nord und Bau- tischler. Abds. 8-10 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Zahlabend. Bezirk Noabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Parichall, Goethestr. 59, Zahlabend.

Sonntag, den 15. September 1912: Einseger. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurzstr. 17 (nahe Alexander- platz), Branchenversammlung. — Modell- und Fabrik- tischler. Herrenpartie nach Spandau. Treffpunkt 8 bis 10 1/2 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen, Ecke Brunnenstr., oder 10 1/2 Uhr im Vereinslokal des Spandauer Ortsvereins, „Restaur. zum Türkischen Bett“, Molkestr. 6. Zahl- reiche Beteiligung erwünscht.

Dienstag, den 17. September 1912: Bautischler. Abds. 8 1/2 Uhr, im Verbondshaus, Greifswalder Str. 221/23, Vertrauensmännerversammlung.

Mittwoch, den 18. September 1912: Bezirk Ost- u. Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr: Vertrauens- männerversammlung b. Reich, Petersburger Straße 55. Das Erscheinen aller Vertrauensleute ist dringend notwendig.

Sonnabend, den 21. September 1912: Bezirk Ost und Südost. Abds. 8 Uhr, b. Bollschläger, Adalbertstr. 21, Lichtbildvortrag der Maggi-Gesellschaft. Daran anschließend Familienkränzchen. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. für Garderobe erhoben. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Großgörschenstr. 29, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenschlößchen, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung. Modell- u. Fabrik- tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Branchenversammlung.

Die Verwaltung.

Reiche Ernte hält zur Zeit der Senfmann, denn schon wieder sind wir genötigt, eine Trauer- boischaft mitzuteilen. Am 2. September verstarb in Gera im Alter von 83 Jahren an Alters- schwäche der Verbandskollege

Franz Schreiber.

Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der fast ein Menschenalter im Dienste des Gewer- vereins der Maler und graphischen Berufe ge- arbeitet hat. Schreiber trat am 7. Februar 1875 seinem Gewerbeverein bei und wurde schon am 26. August 1877 zum Hauptvorsitzenden ge- wählt. Treu und gewissenhaft hat er diesen Posten bis zur Verlegung des Sitzes von Gera nach Berlin am 1. April 1907 versehen. Aber auch nach dieser Zeit hat er großes Interesse für die Entwicklung unserer Bewegung gezeigt, mit der er so innig verwachsen war. Mit ihm ist ein Gewerbevereinsveteran zur Ruhe gegangen, der als leuchtendes Vorbild von Treue und Ge- wissenhaftigkeit gelten kann.

Ehre seinem Andenken!

Aus den Ortsvereinen.

Cöln. Die Metallarbeiter stehen hier schon längere Zeit in einer Bewegung, zwecks Verkürzung der Arbeits- zeit. Die Forderungen sind keine wesentlichen und könnte die Industrie dieselben eigentlich glatt bewilligen.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Cöln (Modellfabrik Tittert), Braunsberg (Ostpr.), Stolp (Firma Bloch) für Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter.

Vertragsabschluss in den Freiburger Uhren- fabriken. Nach längeren Verhandlungen gelang es in den vereinigten Uhrenfabriken in Freiburg (Schl.) einen Tarifvertrag auf die Dauer von 4 Jahren mit nicht unbedeutenden Verbesserungen für die Ar- beiter abzuschließen. Die wöchentliche Arbeitszeit wird um drei Stunden während der Vertragsdauer, und zwar von 58 auf 55 Stunden verkürzt. Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt sofort 1 Stunde, am 1. September 1913 und am 1. September 1915 je eine weitere Stunde. Die Durchschnittslöhne betragen:

- a) für Holzarbeiter, Zusammenbauer, Kröpfer, Drechsler und Bildhauer ab 1. 9. 12: 42 Pf. pro Stunde, 1. 9. 13: 43, 1. 9. 14: 44
b) für Schleifer ab 1. 9. 12: 40, 1. 9. 13: 41, 1. 9. 14: 42
c) für Maschinenarbeiter ab 1. 9. 12: 38 Pf. pro Stunde, 1. 9. 13: 39, 1. 9. 14: 40
d) für Arbeiterinnen ab 1. 9. 12: 22 Pf., 1. 9. 13: 23, 1. 9. 14: 24

Die bestehenden Stundenlöhne er- höhen sich für Lohnarbeiter, Plogarbeiter und Haus- arbeiter am 1. 9. 12 um 3 Pf. pro Stunde. Und am 1. 9. 13 und 14 um je einen weiteren Pfennig. Für Arbeiterinnen erhöhen sich die Stundenlöhne

Anzeigen.

48t den Inserenten: in die Redaktion den Befehl gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neukölln.

Sonnabend, den 14. Septbr. 1912. 8. Kreuzer. Germaniastr. 199, Versammlung. Schlußiges Erheben erwartet. Der Ausschuss.

Der Arbeitsnachweis des süddeutschen Bezirkes befindet sich

Ullm a. D., Breithardtstr. 11. Die Geschäftsstelle der Ortsvereine werden dringend ersucht, diese Zettel den arbeitslosen Kollegen sofort nach dem zu senden, des- gleichen die Arbeiter den den- jenseitigen Mitgliedern des Orts- vereins, wo möglich, das Ge- schäft nachzuweisen.

2 tüchtige Bautischler

isort nach Wismar gesucht. Adresse bei dem Schriftf. Schiller 5

Mehrere tüchtige Sautischler

zu ein Maschinenarbeiter zum Lohn bei dem Schriftf. Schiller 5

4 bis 10 tüchtige Tischler

zum Lohn bei dem Schriftf. Schiller 5

Gewerkevereins-Liedertafel Hamburg-Altona.

Am Sonnabend, den 14. September 1912

Feier unseres 2. Stiftungsfestes

verbunden mit Rekrutenabschied im Klub- und Gesellschaftshaus Waterloo. Altona, Eimsbüttler Strasse 9.

Anfang 8. Uhr — Eintritt für Herren 60 Pf inklusive Programm und Liedertext. — Eingeführte Damen frei. Alle Gewerkevereinskollegen sowie Freunde der Liedertafel sind herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkevereine (S. D.) Groß-Berlin

Sonntag, den 22. September 1912, abends 6 1/2 Uhr, im Verbondshaus der Deutschen Gewerkevereine, Berlin N. O. 35, Greifswalder Str. 221 (großer Saal).

Unterhaltungsabend

bestehend in deklamatorischen, musikalischen und Gesangs-vorträgen

Im Anschlusse hieran: Gemütliches Beisammensein und Tanz

Eintrittskarten zu 50 Pf. inkl. Tanz sind in allen Büros und bei den Ortsvereinskassierern zu haben

Der Zufriedene ist glücklich! Der Wahrheit dieses Satzes zum Siege zu verhelfen, ist besonders heutzutage ein großes Verdienst. Solch unbestrittenes Verdienst gebührt besonders dem rühmlichst bekannten und bestbewährten Versandgeschäft Jonaß & Co., Berlin N.S. 511, dessen Kundenkreis sich auf fast 30000 Orte Deutschlands erstreckt und dessen Verkauf allein über 25000 Taschenuhren beträgt. Diese angesehene Firma ist eifrig bemüht, alle Leser unserer Zeitung zufrieden zu stellen. Deswegen hat sie einen sehr umfangreichen Katalog (600 Seiten stark und 4000 Abbildungen) in eleganter Ausstattung hergestellt, worin alle möglichen Artikel (Taschen- und Wanduhren, Zahnrudmaschinen, Geschenkartikel aller Art, Musikinstrumente, Sprechmaschinen, photographische Apparate usw.) mit genauer Beschreibung aufgeführt sind. Gewiß findet jeder Passendes. Bestellungen werden prompt erledigt. Die Firma gestattet ja- gart erleichterte Zahlungsweise, also Teilzahlung bei bequemen monatlichen Raten. Näheres enthält der reich illustrierte Pro- duktkatalog, der gratis und franko verschickt wird. Wenden Sie sich ungehindert an Jonaß & Co., Berlin N.S. 511, Belle-Alliancestr. 3.

Französisch Englisch Italienisch

Obt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden, mit Beihilfe einer französischen, englischen oder italienischen Zeitung. Dazu eignen sich ganz besonders die vorzüglich redigierten u. bestempfohlenen zweisprachigen Lehr- und Unterhaltungsblätter

Le Traducteur The Translator Il Traduttore

Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Tüchtiger Modelltischler

für genaue Arbeiten in dauernde Stellung sofort gesucht. Bewerber im Alter von 21 bis 30 Jahren werden bevorzugt. Offerten mit Zeugnisabschriften erbittet

Carl Zeiss, Jena.